



Für einen starken Industriestandort – Weil das jetzt zählt!

Industriearbeit stärken – Sozialraubbau stoppen – in die Zukunft investieren

Resolution der Delegiertenversammlung der IG Metall Gütersloh-Oelde

Die Verunsicherung ist auch in unserer Region deutlich spürbar. Unsere Kolleginnen und Kollegen beobachten die schwache wirtschaftliche Entwicklung, sinkende Absätze und chinesische Konkurrenz mit großer Sorge. Hohe Energiepreise, protektionistische Handelspraktiken und globale Überkapazitäten wirken sich auch auf unsere Betriebe negativ aus. Industriearbeitsplätze sind in Gefahr, sie gehen bereits im großen Maßstab verloren. Wir sehen, dass Verlagerungen und Werksschließungen an der Tagesordnung sind, Produktion, aber auch Forschung und Entwicklung in sogenannte Best Cost Countries abwandert.

Wer in dieser Situation den Sündenbock allein in Bürokratie-, Energie- und vor allem Arbeitskosten sucht, hat die Krise und ihre Ursachen nicht verstanden. Wie die Lockerung des Kündigungsschutzes, Karenztage und Krankschreibung ab dem ersten Tag und weitreichende Einschnitte bei Rente, Pflege und Krankenversicherung zur Stärkung globaler Wettbewerbsfähigkeit beitragen sollen, entzieht sich unserem Verständnis. Wir lehnen das entschieden ab.

Die Delegiertenversammlung der Geschäftsstelle Gütersloh-Oelde fordert stattdessen:

1. Aktive Industriepolitik

Wir fordern eine aktive Industriepolitik, die Beschäftigung entlang der gesamten Wertschöpfungsketten sichert. Dafür braucht es Instrumente wie Local Content und Handelsschutz. Öffentliche Aufträge und Beschaffungen sowie staatliche Förderungen müssen konsequent mit robusten und wirksamen Regelungen für europäische Wertschöpfung verknüpft werden. Wer von Steuergeldern profitiert, muss an unseren Standorten liefern: Gute und tarifgebundene Arbeitsplätze, Standort- und Beschäftigungssicherung, Weiterbildung und Ausbildungsplätze.

Der Industrial Accelerator Act (IAA) muss zügig – und nachgebessert – auf den Weg gebracht werden. Wir fordern „Made in Europe“: eine Begrenzung des Anwendungsbereichs auf die EU-27, die EFTA-Staaten und das Vereinigte Königreich. Auch für Stahl muss eine „Made in Europe“-Vorgabe gelten. Es braucht verbindliche Vorgaben für die Diversifizierung von Lieferketten und die Reduktion kritische Abhängigkeiten – und schnellere und effektivere Verfahren bei Dumpingvorwürfen.

2. Massive Investitionen in unsere Standorte

In allererster Linie fordern wir unser Unternehmen auf, in unsere Standorte zu investieren, in neue (Folge-)Produkte und Produktionsprozesse, in Aus- und Weiterbildung. Kahlschlag und Kostenoptimierung sind keine nachhaltige Unternehmensstrategie. Zugleich sehen wir, dass vorhandenes privates Kapital nicht investiert und gehebelt wird. Restriktive Kreditvergabe und Mangel an Liquidität wie Eigenkapital bedrohen die Zukunftsfähigkeit zahlreicher Betriebe. Was es aus unserer Sicht braucht: Eine Ausweitung der Finanzspielräume, Risikoübernahmen und



Landesbürgschaften, Instrumente zur Sicherung von Eigenkapital, bei Bedarf auch Landesbeteiligungen.

Wir fordern weiterhin eine investitionsförderliche Reform der Schuldenbremse – ein Ende der Politik schwarzer Nullen, ein Ende der Verweise auf Finanzierungskonflikte und fehlende Haushaltsmittel. Und wir fordern ein gerechtes Steuersystem, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, ein Ende der Ungleichbehandlung von Kapital und Einkommen aus Erwerbsarbeit.

3. Soziale Sicherheit für unsere Kolleg*innen

Wir fordern soziale Sicherungssysteme, die Sicherheit im Wandel versprechen und Menschen in Not absichern. Die geplanten Reformen der „großen Koalition“ müssen gestoppt werden! Die Altersteilzeit im Blockmodell darf nicht abgeschafft werden. Sie ist ein wesentliches Gestaltungsinstrument für sozialverträgliche Lösungen ohne betriebsbedingte Kündigungen.

Wir sagen klipp und klar: Finger weg von der 35-Stunden-Woche. Und wer weiterhin konzertierte Angriffe auf die Mitbestimmung fährt, muss mit unserem massiven Widerstand rechnen. Wer den Sozialstaat schleift, industriepolitische Instrumente blockiert und unseren Kolleg*innen Faulheit unterstellt, sollte sich über wachsenden Unmut und niedrige Sympathiewerte nicht beschweren.

Gütersloh, den 14. September 2026